

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2025
Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Heimat ist mehr als ein Ort auf der Landkarte – Heimat bedeutet Vertrautheit und
- 2 Lebendigkeit. Heimat entsteht dort, wo Menschen Halt finden, frei und sicher
- 3 leben können. Heimat ist etwas, das wir gemeinsam teilen. Sie muss so gestaltet
- 4 sein, dass sich alle, die in unserem Land leben, auf sie verlassen können.
- 5 Auch unsere Demokratie ist Heimat. Sie lebt von Bürger*innen, die sich
- 6 einbringen und ihre gemeinsamen Belange gestalten können. Nur in der Demokratie
- 7 können wir alle frei leben. Für unsere Demokratie gibt es keine
- 8 Ewigkeitsgarantie. Sie ist nur so stark, wie wir sie stark machen. Jede
- 9 Generation muss sie neu absichern. Nun sind wir an der Reihe.
- 10 Dafür stehen wir ein, in einem „Neuen Wir“. Wir Baden-Württemberger*innen“ sind:
- 11 alle Geschlechter, Jung und Alt, Stadt und Land, Selbstständige und Angestellte,
- 12 eingewachsen oder dazugestoßen. Ein Land, in dem alle nach ihren eigenen
- 13 Lebensentwürfen lieben, glauben und hoffen dürfen – in Respekt und
- 14 Rücksichtnahme füreinander. Die Freiheit der*s Einzelnen endet dort, wo die
- 15 Freiheit von Anderen verletzt oder bedroht wird. Innere und äußere
- 16 Sicherheitsgarantien sind die Grundlage unserer Freiheit.
- 17 Demokratie garantiert die Rechte der Einzelnen, erfordert aber auch gemeinsame
- 18 Tugenden und wechselseitige Pflichten. Die stärkste Kraft sind unsere
- 19 Bürger*innen unseres Landes selbst, die sich für andere und für das Gemeinwesen
- 20 einsetzen. Im Sportverein, bei der freiwilligen Feuerwehr, im Musikverein, im
- 21 Gemeinderat oder in der Bürgerinitiative. Baden-Württemberg ist dabei führend.
- 22 Nirgendwo engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie bei uns. Das ist
- 23 der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.
- 24 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie kommt nicht gratis als politische
- 25 Beigabe. Sie bedeutet Verantwortung und muss immer wieder erkämpft und
- 26 abgesichert werden – durch klare Kante gegen die Feind*innen unserer Freiheit im
- 27 Inneren und von außen.
- 28 Der Schutz unserer Freiheit erfordert einen neuen Anlauf beim Schutz unserer
- 29 öffentlichen Räume vor Kriminalität und Gewalt – damit wir uns dort gerne
- 30 begegnen, sich jede*r tags und nachts sicher fühlen kann. Nur an Orten, an denen
- 31 wir uns sicher fühlen, sind wir frei.
- 32 Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Sie
- 33 schützt die Freiheit des Einzelnen, verhindert Willkür und sichert Gleichheit
- 34 vor dem Gesetz. Nur ein starker Rechtsstaat garantiert Freiheit dauerhaft.

Baden-Württemberg ist ein starkes Einwanderungsland. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, weil sie hier Chancen sehen und an einer gemeinsamen Zukunft mitwirken wollen. Sie bringen Wissen, Tatkraft und neue Perspektiven mit – und machen unser Land dadurch innovativer, vielfältiger und zukunftsorientierter. Unter den Flächenländern haben wir einen der höchsten Anteile an Menschen mit Migrationsgeschichte. Unsere exportstarke Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen, denn ohne Zuwanderung leidet unser Wohlstand. Doch Integration passiert nicht von selbst. Sie braucht klare Regeln und eine gemeinsame Haltung. Vier Säulen sind entscheidend: Sprache, Arbeit, Teilhabe und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz. Es steht für Menschenwürde, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Wer bei uns lebt, soll sich sicher fühlen, mitgestalten können und sich als Teil einer solidarischen Gesellschaft verstehen. Wir stehen für ein weltoffenes Baden-Württemberg, in dem Herkunft kein Hindernis, sondern eine Chance ist.

Zugleich ist unsere Heimat Teil eines größeren Ganzen – nur in einem starken, vereinten Europa kann sie gedeihen und bestehen. Baden-Württemberg hat die Kraft, global Verantwortung zu übernehmen in einer Welt im Umbruch.

Kapitel 5.1 Gemeinschaft gibt Halt – Was uns beieinander hält

Wir gestalten ein Land, in dem das Gemeinsame in den Mittelpunkt gerückt wird, statt das Trennende zu betonen. Unser Land ist stark, weil es Gleichberechtigung, Toleranz und Engagement fördert, Vielfalt als Bereicherung schätzt und daraus neue Kraft zieht.

Baden-Württemberg ist Ehrenamtsland und soll es bleiben. Mit der Ehrenamtskarte, der Förderung von Fachberatungen für ehrenamtliches Engagement und einer erhöhten Landesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr haben wir das Ehrenamt gestärkt. Wir wollen Vereinen und Initiativen künftig noch mehr Flexibilität und Freiräume geben und sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Kommunalpolitik ist die Basis unserer Demokratie. Doch viele Menschen, die auf kommunaler Ebene politisch aktiv sind, werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert. Das nehmen wir nicht hin! Die beim Landeskriminalamt angesiedelte Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger*innen (ZAMAT) steht haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen rund um die Uhr mit polizeilicher, juristischer und psychosozialer Unterstützung zur Seite. Dafür werden wir weiterhin die Finanzierungsgrundlage bereitstellen. Damit mehr Menschen kommunalpolitisch engagiert sein können, haben wir zudem die gesetzliche Grundlage für digitale Gemeinderatssitzungen geschaffen.

Mit der Gleichstellungsstrategie sind wir dabei, die umfassende Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Belangen voranzutreiben. Wir setzen die Istanbul-Konvention, mit der sich auch Deutschland dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet hat, um. Beim Ausbau der Zahl der Frauenhäuser in Baden-Württemberg sind wir vorangekommen – eine flächendeckende Versorgung bleibt aber

79 eine Herausforderung, die wir künftig kraftvoll angehen. Wir haben im ganzen
80 Land Beratungsstellen eingerichtet, die betroffene Frauen bei häuslicher oder
81 sexualisierter Gewalt unterstützen und beraten. Mit unserer Kampagne "nachtsam"
82 sensibilisieren wir in Clubs für die Gefahren für Frauen im Nachtleben. Die
83 Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit bietet Betroffenen
84 konkrete Hilfe. Wir haben die Beauftragten für Chancengleichheit in den Kommunen
85 und Landeseinrichtungen gestärkt.

86 Wir planen Integration mit Weitblick: Wir haben das Integrationsmanagement in
87 den Kommunen etabliert und verstetigt. Kernelement ist die Förderung von
88 Integrationsmanager*innen, die die Integration von Geflüchteten im Alltag
89 unterstützen. Mit der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften, die
90 Unternehmen bei der Einwanderung ausländischer Fachkräfte beispielsweise mit
91 einer beschleunigten beruflichen Anerkennung für die ausländischen Fachkräfte
92 unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

93 **Engagiert für das Ehrenamt - Ermöglichen, stärken, schützen**

94 Fast die Hälfte der Menschen in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Ob im
95 Fußball- oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in
96 Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften –
97 das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

98 Wir wollen noch mehr Menschen ermöglichen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Dafür
99 wollen wir eine Enquete-Kommission "Ziviles Engagement und Ehrenamt" einsetzen.
100 Sie soll unter breiter Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen Lösungen
101 dafür entwickeln, wie wir das Ehrenamt besser in Einklang mit einem fordernden
102 Berufs- und Familienleben bringen. Wir wollen die Ehrenamtsoffensive mit einem
103 besonderen Fokus auf die Generation der Babyboomer*innen fortführen. Diese
104 Generation, die aktuell in Rente geht, ist besonders aktiv und bereit, sich
105 ehrenamtlich zu engagieren – dieses wertvolle Engagement wollen wir durch
106 entsprechende Unterstützung aktivieren. Um das kommunalpolitische Ehrenamt noch
107 attraktiver machen, wollen wir Fortbildungen und Schulungen für das
108 kommunalpolitische Ehrenamt fördern. Wir unterstützen Maßnahmen zur
109 Gewaltprävention und zur Sensibilisierung für Gefahren im Ehrenamt in unseren
110 Vereinen.

111

112 **Sport als Bindeglied für Gesellschaft und Zusammenhalt**

113 Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft und mit
114 unterschiedlichen Erfahrungen.

115 Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt
116 und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns
117 fit und fördert unsere Gesundheit. Wir unterstützen den Sport im Land aus voller
118 Überzeugung.

119 Wir wollen für den Breitensport auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein.
120 Sportvereine und Verbände leisten unverzichtbare Arbeit für den Zusammenhalt in
121 Baden-Württemberg.

122 Mit dem Solidarpakt Sport IV hat die grün-geführte Landesregierung trotz
123 schwieriger Haushaltslage klargemacht: Der Sport hat für uns eine hohe
124 Priorität. Diesen Weg setzen wir fort und verlängern den Solidarpakt Sport,
125 damit die Vereine auch in Zukunft die notwendige Unterstützung erhalten.

126 Vielerorts sind Sportstätten die einzigen Orte, an denen Menschen
127 unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen und gemeinsam ihre
128 Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Die Sporthalle, der
129 Bolzplatz oder die Laufbahn: Wir wollen diese Orte nachhaltig sichern und
130 verbessern. Mit einem landesweiten Programm „Sportstätten fit 2032“ wollen wir
131 Hallen, Bäder und Sportplätze modernisieren – energieeffizient, barrierefrei und
132 klimaresilient. Zum Sportland gehören auch leistungsfähige Bäder. Wir sichern
133 diese Infrastruktur und unterstützen Schulen und Vereine dabei, Schwimmen
134 verlässlich zu ermöglichen.

135 Der Sport lebt vom Ehrenamt. Menschen, die Können, Haltung und Werte vermitteln,
136 verdienen beste Rahmenbedingungen. In der Vergangenheit konnten wir die
137 Übungsleiterpauschale erhöhen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und werden eine
138 weitere Erhöhung in der kommenden Legislaturperiode anstreben. Außerdem wollen
139 wir die Ehrenamtlichen von unnötiger Bürokratie entlasten, die sie bei der
140 Ausübung oft behindert. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für
141 Vereinfachungen bei Änderungen des Vereinsregisters, für die Befreiung der GEMA-
142 Gebühren für Vereine sowie für die Befreiung bei der Umsatzsteuer ein.
143 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass Verfahren im Land für die Beantragung
144 von Förderungen vereinfacht werden. Kinder und Jugendliche brauchen tägliche
145 Bewegung. Wir stärken bewegungsfreundliche Schulen, fördern feste
146 Bewegungszeiten und vertiefen im Ganzttag die Kooperation mit Vereinen, damit
147 verlässliche Wege in den organisierten Sport entstehen. So werden motorische
148 Entwicklung, Lernfähigkeit und Teamgeist gefördert und Talente früh entdeckt.
149 Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt: Sport als unverzichtbaren
150 gesellschaftlichen Bereich wollen wir besonders schützen.

151 Auch der Mountainbike-Sport erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Runde Tische
152 zwischen Sport, Naturschutz und Forst haben vielerorts Konflikte beigelegt und
153 legale, sichere Trails geschaffen. Diesen Weg unterstützen wir ausdrücklich und
154 sehen ihn als Erfolgsmodell für das ganze Land. Im Wald setzen wir uns für ein
155 gutes Miteinander ohne pauschale Verbote ein.

156

157 Große Sportereignisse begeistern – sie müssen zugleich Maßstäbe bei
158 Nachhaltigkeit setzen. Wir stehen Bewerbungen positiv gegenüber, knüpfen
159 Investitionen jedoch an klare soziale, wirtschaftliche und ökologische
160 Standards. Klimafreundliche Mobilität, Kreislaufwirtschaft, barrierefreie
161 Infrastruktur sowie die Förderung von Ehrenamt und Nachwuchs sind für uns
162 Leitplanken. Baden-Württemberg soll als Vorreiter für nachhaltige
163 Sportveranstaltungen sichtbar werden.

164 Stadionallianzen, mit denen wir die Intensivierung der Zusammenarbeit von Clubs,
165 Fanprojekten, städtischen Behörden und polizeilichen Sicherheitsbehörden bei der
166 Organisation und Durchführung von Fußballspielen vorantreiben sind ein baden-

167 württembergisches Erfolgsmodell, das von vielen anderen Bundesländern
168 mittlerweile übernommen wurde. Wir wollen sie beibehalten und weiterentwickeln.
169 Wir Grüne unterstützen darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte
170 im Fan- und Amateursportbereich.

171 Mehr und mehr sportliche Großveranstaltungen ächzen unter schwierigen An- und
172 Abreisebedingungen: Staus überfüllte Bahnen und unkoordinierte Menschenmassen
173 führen dazu, dass ein Fußball- oder Basketballspiel für viele zur logistischen
174 Herausforderung wird.

175 Für solche Großveranstaltungen wollen wir in Zukunft Mobilitätskonzepte
176 entwickeln, die im Vorfeld alle Akteure zusammenbringt: Bahn, ÖPNV,
177 Verkehrsleitplanung und Veranstalter*innen, sodass An und Abreise für alle
178 einfacher werden.

179 Baden-Württemberg ist Spitzensportland. Wir fördern transparent und stellen
180 Athletinnen und Athleten in den Mittelpunkt. Duale Karrieren unterstützen wir
181 durch Beratung sowie Kooperationen mit Hochschulen und Betrieben, damit
182 sportliche und berufliche Perspektiven zusammengehen. Forschung und Bildung
183 treiben wir voran – mit Blick auf
184 Digitalisierung, Gesundheit und Nachhaltigkeit. In der Aus- und Fortbildung von
185 Trainerinnen, Trainern und Übungsleitenden verankern wir Inklusion, Prävention
186 und Nachhaltigkeit stärker und fördern qualitativ hochwertige Angebote.

187 Sport ist für alle da. Wir unterstützen integrative Projekte für Menschen mit
188 Behinderungen und benachteiligte Gruppen, fördern gezielte Angebote für Mädchen
189 und Frauen und stärken Vielfalt im Sport – auf und neben dem Platz. Wir stehen
190 neuen Formen des Sports offen gegenüber. Millionen Menschen begeistern sich für
191 E-Sport. Wir schaffen gute
192 Rahmenbedingungen, stellen sicher, dass pädagogische Leitlinien greifen, und
193 stärken gemeinnützige Strukturen. So verbinden wir Tradition und Innovation zu
194 einem starken, zukunftsfähigen Sportland.

195 **Informiert im Dialog: Beteiligung leben, Mitsprache erweitern**

196 Deutschland- und europaweit sind wir mit unserer „Politik des Gehörtwerdens“
197 führend. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land stärker an politischen
198 Diskussionen und Entscheidungen beteiligt sind und sich einbringen können.

199 Mit der neuen Servicestelle „Dialogische Bürgerbeteiligung“ haben wir für die
200 Behörden im Land eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie berät und
201 unterstützt Kommunen wie Landesbehörden bei der Durchführung von Debatten, um
202 tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen zu finden. Zusätzlich
203 vernetzt und befähigt die „Allianz für Beteiligung“ Gruppen überall im Land,
204 sich in ihrer Gemeinde, in ihrem Ortsteil oder in ihrem Quartier einzubringen –
205 etwa mit dem Beteiligungstaler: Dieses Programm wurde aufgestellt, um
206 Initiativen in der Umsetzung lokaler Beteiligungsprojekte gezielt durch die
207 Übernahme von Sachkosten zu unterstützen. Die Quoren für Bürgerbegehren und
208 Bürgerentscheide in Baden-Württemberg haben wir deutlich gesenkt. Auch das
209 Wahlrecht hat die grün geführte Landesregierung an die Anforderungen einer
210 aktiven Bürgergesellschaft angepasst. Zum Beispiel dürfen nun bei Landtags- und

211 Kommunalwahlen Menschen bereits ab 16 Jahren wählen. Bundesweit ist Baden-
212 Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch
213 selbst kandidieren dürfen!

214 Demokratie braucht auch eine informierte Öffentlichkeit und unabhängige Medien,
215 die kritisch berichten, einordnen und informieren. Wir setzen uns für die
216 Stärkung des regionalen Journalismus in Baden-Württemberg ein und wollen die
217 bestehende TV-Förderung in eine Journalismusförderung überführen. Ein starker
218 Rundfunkdualismus, also das Nebeneinander von privaten und öffentlich-
219 rechtlichen Rundfunkanbietern, mit einer robusten Landesanstalt für
220 Kommunikation ist für uns ebenso zentral wie EU-weite Kulturplattformen wie
221 ARTE.

222 In einer digitalisierten Gesellschaft müssen Bürger*innen in der Lage sein,
223 echte von manipulierten Inhalten zu unterscheiden. Darum wollen wir die
224 Medienbildung aller Menschen fördern – nicht nur in Schulen. Wir setzen uns für
225 technische Standards zur Kennzeichnung digitaler Inhalte ein: Bilder, Videos und
226 Beiträge sollen durch sogenannte *Content Credentials*, verknüpfte und
227 manipulationssichere Metadateien, nachvollziehbar gekennzeichnet werden, um ihre
228 Herkunft und Integrität sichtbar zu machen. Damit stärken wir das Vertrauen in
229 digitale Inhalte und geben Orientierung in einer Zeit von *Fake News* und *Deep*
230 *Fakes*.

231 **Gleichberechtigung und Vielfalt leben: Freiheit und Sicherheit für alle**

232 Wir stehen für ein Baden-Württemberg ein, in dem alle Menschen frei und sicher
233 leben können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder sexueller
234 Orientierung. Wir stärken die Sichtbarkeit und den Schutz von queерem Leben im
235 ganzen Land. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-
236 Württemberg“ haben wir im Land bundesweit einen Meilenstein in Sachen
237 Sichtbarkeit von Vielfalt erreicht. Damit verbunden war die Gründung des queeren
238 Landesnetzwerkes. Die über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker
239 zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir
240 Grüne weitergehen und die queere Netzwerkarbeit weiter stärken. Wir bieten
241 jungen queeren Personen mehr Unterstützung und verstärken unsere Ansätze zum
242 Schutz von queeren Personen, insbesondere im ländlichen Raum. Wir kämpfen weiter
243 dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle
244 Benachteiligung für queere Menschen aus Baden-Württemberg verschwinden.

245 Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird
246 fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden
247 den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir
248 fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für
249 Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln,
250 um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.

251

252 Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg
253 konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und
254 Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt gegen Frauen
255 wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein,

256 Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe
257 insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken.
258 Wir stellen uns allen Formen von Antifeminismus entschieden entgegen und werden
259 die Fachstelle für Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ausbauen.

260 Wir wollen, dass Frauen selbst über ihren Körper und ihr Leben bestimmen können.
261 Eine selbstbestimmte Entscheidung unterstützen wir, indem wir uns entsprechend
262 der Zuständigkeiten und Möglichkeiten des Landes weiter dafür einsetzen, ein
263 ausreichendes plurales Angebot wohnortnaher Beratungsstellen sowie ambulanter
264 und stationärer Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen.

265 Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung: Wir setzen uns
266 für die Stärkung von Antidiskriminierungsprojekten im ganzen Land ein. Wir bauen
267 ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine
268 verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Projekten. Weil wir allen
269 Menschen Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden geben wollen, setzen wir
270 uns für ein wirksames Gleichbehandlungsgesetz ein.

271 Zu einem Land, das seine Vielfalt schützt, gehört auch, dass Menschen ihre
272 Religion ungestört ausüben können. Religionsfreiheit umfasst für uns dabei auch
273 die Freiheit, sich zu keiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen.

274
275 Für uns Grüne ist klar: Religionsfreiheit garantiert die freie Ausübung des
276 Glaubens. Daher bekämpfen wir jede Form von Antisemitismus und
277 Muslimfeindlichkeit und haben null Toleranz für religionsbedingte
278 Diskriminierung.

279
280 Wir fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch zwischen Religionen.
281 Ob in der Kirchengemeinde, in der Synagoge oder in der muslimischen
282 Glaubensgemeinschaft - die vielen Ehrenamtlichen schaffen Orte der Begegnung und
283 stärken unseren sozialen Zusammenhalt.

284
285 Mit karitativen Einrichtungen, Sozialdiensten, der Unterstützung für Geflüchtete
286 oder in der Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden haben die christlichen Kirchen
287 traditionell eine starke Rolle in Baden-Württemberg.

288
289 Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, jüdisches Leben
290 zu schützen und das Verständnis für jüdische Geschichte und Tradition in unserem
291 Land zu stärken. Dafür stehen wir mit den jüdischen Gemeinden im Land im Dialog.

292
293 Um die Zusammenarbeit mit den vielfältigen muslimischen Gemeinden im Land zu
294 strukturieren und zu festigen, wollen wir die Islamberatung Baden-Württemberg zu
295 einer zentralen Ansprechstelle für die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden
296 und Verbänden im Land ausbauen.

297 **Migration ordnen, Integration gestalten und Chancen schaffen**

298 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das aus seiner Vielfalt Kraft zieht. Ein
299 Land, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte echte und gleiche Chancen auf
300 Teilhabe haben und ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Das

301 Ziel von Integration ist die vollständige gesellschaftliche Teilhabe
302 zugewanderter Menschen. Dazu müssen wir die Spielregeln in unserem Land klar
303 kommunizieren: Der Schlüssel dafür ist neben dem Erwerb von Sprache die
304 Vermittlung in Arbeit und Ausbildung.

305 Wir wollen, dass die Arbeitsmarktteilhabe von zugewanderten Frauen durch
306 spezifische Angebote noch gezielter und umfassender gefördert wird. Gleichzeitig
307 brauchen wir aber auch verlässliche Strukturen, um echte Chancen auf Teilhabe zu
308 ermöglichen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Fachkräfte, die Hürden
309 abbaut und Zugänge erleichtert. Auch zugewanderten Kindern, älteren Menschen und
310 solchen mit Erkrankungen und Behinderungen ermöglichen wir die gesellschaftliche
311 Teilhabe.

312 Sprache ist der Schlüssel zur Integration der Menschen, die nach Baden-
313 Württemberg kommen. Zugewanderte und geflüchtete Menschen können so ihre
314 persönlichen Chancen verbessern. Wir wollen Sprachkursangebote unter
315 Berücksichtigung besonderer Bedarfe von Alleinerziehenden oder im ländlichen
316 Raum ausbauen – bei dieser Aufgabe erwarten wir auch mehr Unterstützung aus dem
317 Bund. Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen von Anfang an Zugang
318 zu Sprachkursen. Die finanzielle Unterstützung von Modellprojekten zum
319 Spracherwerb im Job wollen wir deutlich ausbauen.

320 Die Einrichtung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein
321 großer Erfolg. Um Verfahren effektiv durchzuführen und zugewanderten Menschen
322 beispielsweise schnell Beschäftigung zu ermöglichen, müssen nun alle
323 Ausländerbehörden in den Großen Kreisstädten und Landkreisen neu aufgestellt
324 werden und effiziente Strukturen in der Fläche gewährleistet sein, etwa über KI-
325 gestützte Musterverfahren. Wir wollen dafür sorgen, dass wichtige Informationen
326 in Behörden und sozialen Einrichtungen auch mehrsprachig zu Verfügung stehen und
327 wollen dafür mit den kommunalen Verbänden nach Lösungen, zum Beispiel auch
328 technische Lösungen wie entsprechende Apps, suchen. Anerkennungsverfahren für
329 ausländische Qualifikationen wollen wir weiter beschleunigen.

330 Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer
331 Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschen,
332 die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in
333 Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive.
334 Wir haben deshalb in der letzten Legislaturperiode einen Bleiberechtserlass
335 beschlossen, mit dem gut-integrierte Menschen, die bisher nur geduldet sind,
336 langfristige Bleiberechtsperspektiven erhalten. Leider sind diese Möglichkeiten
337 sowohl für die Betroffenen als auch die Arbeitgeber*innen bisher wenig bekannt.
338 Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land
339 verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. Dennoch
340 werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein
341 Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss
342 wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo
343 zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf
344 diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit
345 unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in

346 Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere
347 Anwesenheit im Bundesgebiet rechtfertigen, aktiv wird, unterstützen wir
348 weiterhin.

349 Als Baustein zu einer geordneten Migration vereinfachen wir die
350 Identitätsklärung. Ein Grund, warum Rückführungen von Straftäter*innen und
351 Gefährder*innen nicht funktionieren, ist oftmals die ungeklärte Identität. Für
352 eine Identitätsklärung muss in Zukunft nicht mehr zwangsläufig ein Pass
353 vorhanden sein, sondern können auch andere Papiere wie Geburtsurkunden
354 herangezogen werden. Für die Menschen, die bereits hier sind, müssen wir die
355 Verfahren deutlich beschleunigen.

356 Wir wollen die Demokratiebildung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen fest
357 verankern und stärken auch die Extremismus- und die allgemeine Präventionsarbeit
358 in Landeserstaufnahmestellen: Die von uns eingeführte Traumarehabilitation für
359 Geflüchtete werden wir stärken. Mit dem Projekt "Baden-Württemberg schützt"
360 haben wir erste wichtige Schritte unternommen, damit psychische Belastungen bei
361 Geflüchteten frühzeitig identifiziert und niedrigschwellige Hilfe geleistet
362 werden kann. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. Damit
363 Integration gelingt und zugewanderte Menschen schnellstmöglich ihr Leben
364 selbstständig organisieren können, wollen wir eine effiziente Zusammenarbeit
365 zwischen Integrationsmanager*innen und Behörden wie Ausländerbehörde, Jobcenter
366 und Sozialamt durch ein Kooperationsgebot regeln.

367 **Kapitel 5.2. Rechtsstaat gibt Halt! Freiheit sichern - Demokratie stärken -** 368 **Bedrohungen bekämpfen!**

369 Unsere Demokratie wird angegriffen – von innen und von außen. Uns wird gerade
370 nahezu täglich vor Augen geführt: Freiheit, Sicherheit und Offenheit sind nicht
371 selbstverständlich.

372 Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Als offene
373 Gesellschaft, als freiheitlicher Rechtsstaat und als wehrhafte Demokratie müssen
374 wir die reale Gefahr, die von ihm ausgeht, als zentrale Bedrohung verstehen und
375 entsprechend handeln. Die rechtsextreme Szene muss entwaffnet, rechtsextreme
376 Strukturen zerschlagen und rechtsextreme Propaganda klar benannt und unterbunden
377 werden – analog wie online. Um Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpfen zu
378 können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine
379 Strategien in der Ansprache junger Menschen verstehen. Dazu haben wir haben die
380 bundesweit erste Forschungsstelle für Rechtsextremismusforschung und eines der
381 größten Archive zu Rechtsextremismus geschaffen. Wir bekämpfen den politischen
382 Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns
383 auch für die Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das
384 Bundesverfassungsgericht ein.

385 Wir sind weltoffen, aber nicht naiv. Islamismus ist antidemokratisch,
386 antisemitisch, frauenverachtend und queerfeindlich. Islamist*innen wollen all
387 das bekämpfen, wofür unsere liberale Demokratie steht. Er bedroht uns alle –
388 auch Menschen muslimischen Glaubens, viele sind vor dem Terror dieser Ideologie
389 geflohen. Globale Entwicklungen können die Bedrohungslage rasch verschieben.

390 Daher ist es wichtig, dass unsere Sicherheitsbehörden immer auf dem neuesten
391 Stand sind und die Radikalisierungsprozesse und Anwerbestrategien im Blick haben
392 und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen
393 können. Unser Kampf gegen den Islamismus darf niemals zum Generalverdacht
394 gegenüber Muslim*innen führen. Die überwältigende Mehrheit der Muslim*innen in
395 Baden-Württemberg sind ein selbstverständlicher Teil unserer demokratischen
396 Gesellschaft. Gemeinsam stellen wir sicher, dass Islamismus in unserem Land
397 keinen Raum gewinnt.

398 Seit einigen Jahren sind wir zunehmend mit hybriden Bedrohungen konfrontiert:
399 Sabotage, Spionage, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastruktur
400 müssen schnell erkannt und früh gestoppt werden. Dafür braucht es technisch und
401 personell gut aufgestellte Sicherheitsbehörden, aber auch ein breit verankertes
402 Problembewusstsein. Unsere vernetzte, freie Welt braucht Schutz vor
403 Desinformation, Datenmissbrauch und digitalen Angriffen. Vertrauen in die
404 Demokratie braucht Vertrauen in staatliche Institutionen.

405 Ein Rechtsstaat mit einer gut ausgestatteten Justiz und einer leistungsfähigen
406 Verwaltung ist das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Angriffen auf die
407 Unabhängigkeit der Justiz müssen deshalb schon im Ansatz entschieden
408 entgegengetreten werden. Unsere Politik hat die Sicherheitsstrukturen in den
409 letzten Jahren gezielt gestärkt. Wir haben massiv in Polizei, Justiz und
410 Cybersicherheit investiert. Baden-Württemberg hat heute eine der niedrigsten
411 Kriminalitätsraten bundesweit. Mit dem Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-
412 Zentrum, der Cybersicherheitsagentur und dem Opferschutzlotsen sorgen wir schon
413 heute dafür, dass unser Rechtsstaat auch auf neue Bedrohungen schnell und
414 wirksam reagieren kann.

415 **Entschlossen gegen Kriminalität – Hand in Hand für mehr Sicherheit**

416 Wir werden neue Kriminalitätsformen entschlossen bekämpfen und sorgen für
417 sichere öffentliche Räume für jede*n. Dabei ist ein besserer Schutz von Frauen
418 vor Gewalt für uns besonders wichtig.

419 Wir wollen Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten für
420 Veranstaltungen unterstützen. Wir wollen neue personelle Ressourcen in der
421 Polizei und Justiz schaffen sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, um
422 organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können. Wir wollen die
423 Finanzermittlungen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität und Geldwäsche
424 verstärken. Um das volle Potenzial im Kampf gegen komplexe
425 Kriminalitätsstrukturen zu heben, setzen wir auf innovative Wege der
426 Personalgewinnung. Wir wollen Quereinstiege erleichtern und gezielt Expert*innen
427 aus der IT-Branche und dem Finanzwesen für die öffentliche Sicherheit gewinnen.
428 Ergänzend streben wir die Einrichtung einer zivilgesellschaftlich organisierten
429 Beobachtungsstelle für organisierte Kriminalität an – denn eine starke
430 Gesellschaft braucht wachsame Augen. Aufklärung über mafiöse Strukturen,
431 internationale Vernetzung und wissenschaftliche Forschung sind für uns zentrale
432 Bausteine im Kampf gegen Kriminalität im Schatten.

433 Nach Jahren des Rückgangs steigt die Jugendkriminalität wieder – eine
434 Entwicklung, die wir ernst nehmen. Jugendkriminalität bekämpfen wir an der
435 Wurzel und setzen auf gute Präventionsarbeit. Künftig wollen wir noch stärker
436 auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Polizist*innen,
437 Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen setzen und die mobile Jugendarbeit noch
438 weiter in die Fläche bringen. Die Häuser des Jugendrechts werden weiter
439 ausgebaut. Ziel muss weiter sein, in jedem Landgerichtsbezirk ein Haus des
440 Jugendrechts, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendliche unter einem
441 Dach zusammenarbeiten und straffällige Jugendliche in einem ganzheitlichen
442 Ansatz begleiten, zu haben.

443 Orte der Jugendkriminalität brauchen eine gezieltere Polizeipräsenz und
444 Sichtbarkeit des Staates. Jugendstrafen müssen auf den Fuß folgen. Die Standorte
445 der Jugendarrestanstalten in Rastatt und Göppingen werden wir erhalten, die
446 erzieherischen Ressourcen in der Jugendvollzugsanstalt in Adelsheim erheblich
447 besser ausstatten.

448 **Polizeiarbeit stärken und stützen: Sicherheit spürbar vor Ort**

449 Unsere Polizei leistet Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere
450 Sicherheit und unser Zusammenleben. Ihr Beruf ist anspruchsvoll, oft belastend
451 und in vielerlei Hinsicht besonders – denn Polizist*innen stehen ganz vorne,
452 wenn es darum geht, Menschen zu schützen, Konflikte zu entschärfen und unseren
453 Rechtsstaat zu verteidigen. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere
454 Anerkennung und die bestmögliche Unterstützung. Wir Grüne setzen uns dafür ein,
455 dass die Polizei gut ausgebildet, modern ausgestattet und personell stark
456 aufgestellt ist – denn gerade in Zeiten wie diesen brauchen wir eine
457 handlungsfähige, vertrauenswürdige und gut arbeitende Polizei. Besonders stolz
458 sind wir darauf, dass unsere Polizei ein sehr hohes Vertrauen in unserer
459 Bevölkerung genießt. Das soll auch so bleiben.

460

461 Wir setzen auf eine Polizei, die noch stärker präsent ist, wo sie gebraucht
462 wird: im Alltag der Menschen, auf den Straßen, in den Stadtteilen. Dafür stärken
463 wir gezielt die Polizeipräsenz vor Ort. Wir entlasten Beamt*innen bei der
464 Büroarbeit, damit mehr Zeit bleibt für den Einsatz an den Orten, wo Sicherheit
465 konkret spürbar wird. An Kriminalitätsschwerpunkten setzen wir auf ein starkes
466 Quartiersmanagement – sowohl vor Ort als auch digital, etwa in sozialen
467 Netzwerken, um beispielsweise der Radikalisierung von Jugendlichen frühzeitig
468 entgegenzuwirken. Wir schaffen die Finanzierungsgrundlage für Einsatz- und
469 Ermittlungsassistenzen für die Schutz- und Kriminalpolizei. Mit einem
470 Rotationssystem für sogenannte “Brennpunktreviere” wollen wir Beamt*innen vor
471 Überlastungen schützen.

472 Wir investieren weiter konsequent in den Personalbestand, die Struktur und
473 moderne Ausstattung der Polizei. Gleichzeitig arbeiten wir daran, den
474 Polizeiberuf attraktiver zu machen: mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, einem
475 modernen Gesundheitsmanagement und einer deutlich erhöhten Polizeizulage. Analog
476 zur Bundeszulage wollen wir die Polizeizulage in Baden-Württemberg auf
477 mindestens 228 € monatlich bei voller Ruhegehaltsfähigkeit anheben.

478 Wir wollen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-
479 Württemberg endlich abschließen. Aufstieg und Verantwortung sollen sich an
480 Leistung, Erfahrung und Kompetenz orientieren – nicht an formalen
481 Zugangsvoraussetzungen. Wer Tag und Nacht für die Sicherheit im Land sorgt,
482 verdient echte Wertschätzung, auch in der Besoldung. Mit einer zweigeteilten
483 Laufbahn schaffen wir moderne, durchlässige Strukturen, stärken Motivation und
484 Bindung innerhalb der Polizei und machen den Beruf attraktiver. Damit setzen wir
485 fort, was wir begonnen haben: eine Personalpolitik, die auf Vertrauen, Fairness
486 und Anerkennung baut. Nach dem erfolgreichen 4-Säulen Modell wollen wir weitere
487 Perspektiven für die Oberkommissar*innen und Aufstiegsmöglichkeiten anbieten.
488 Auch die Infrastruktur muss stimmen: Bauprojekte wie der Neubau des
489 Landeskriminalamts samt kriminaltechnischem Institut werden wir zügig umsetzen.

490 Eine starke Polizei braucht auch eine klare Haltung. Polizist*in zu sein ist
491 kein Beruf wie jeder andere. Polizist*in sein heißt, das staatliche
492 Gewaltmonopol auszuüben. Damit geht eine sehr große Verantwortung einher. Nicht
493 jeder kann diesen Beruf ausüben. Nicht jeder sollte diesen Beruf ausüben. Es ist
494 unsere Pflicht, hohe Anforderungen an diejenigen zu stellen, die im Auftrag des
495 Staates Waffen tragen – auch im Hinblick auf die Werte, die sie vertreten.
496 Jede*r muss sich ohne Angst an die Polizei wenden können. Polizeiliches
497 Fehlverhalten muss lückenlos aufgeklärt und konsequent aufgearbeitet werden. Das
498 Amt der*s Polizeibeauftragten werden wir stärken und seine Rechte erweitern.
499 Unser Ziel ist, dass die Polizei die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt –
500 insbesondere auch in Führungspositionen.

501

502 Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage
503 eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Wir Grüne streben auch für IT-
504 Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an. Dieses Ziel wollen wir
505 mit Know-how aus Baden-Württemberg erreichen. Spätestens bis zum Jahr 2030 muss
506 eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen
507 Unternehmen bereit stehen, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen können.

508 Seit 1963 engagieren sich ehrenamtliche Helfer*innen im Freiwilligen
509 Polizeidienst. Obwohl wir die Engagementbereitschaft der Polizeifreiwilligen zu
510 schätzen wissen, halten wir diese Konzeption heute nicht mehr für zeitgemäß.
511 Denn die Polizeiarbeit hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Sie
512 anspruchsvoller, herausfordernder und komplexer geworden. Wir wollen uns darauf
513 konzentrieren, mehr Polizist*innen auf die Straße zu bringen, die für die
514 Anforderungen des Polizeidienstes vollumfänglich gewappnet sind. Daher werden
515 wir den Freiwilligen Polizeidienst abschaffen.

516 **Eine leistungsfähige Justiz und ein wehrhafter Staat als Garant für die offene** 517 **Gesellschaft**

518 Eine unabhängige und leistungsfähige Justiz ist das Rückgrat und der
519 Grundpfeiler unseres Rechtsstaats, unserer Demokratie und Garant für das
520 Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Daher wollen wir die Gerichte
521 und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg personell, technisch und
522 organisatorisch besser ausstatten. Damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und

523 bürgernah erfüllen können. Dazu muss auch die hohe Arbeitsbelastung vieler
524 Justizangehöriger verringert werden. Daher wollen wir die Digitalisierung der
525 Justiz im Land weiter vorantreiben, die Nachwuchsgewinnung und Fortbildung an
526 der Justizakademie Baden-Württemberg stärken und moderne Arbeitsstrukturen
527 fördern. Wir wollen die Justiz daher mit klugen KI-Lösungen zur
528 Arbeitserleichterung unterstützen. Berufseinsteiger*innen wollen wir durch
529 attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung der
530 Einstiegsbesoldung. Wir stehen für eine Justiz, die unabhängig urteilt, zügig
531 handelt und allen Menschen im Land den gleichberechtigten Zugang zum Recht
532 sichert.

533 Der Rechtsstaat lebt vom Vertrauen in seine Institutionen – und von den
534 Menschen, die ihn tragen. Deshalb setzen wir auf eine transparente und
535 bürgernahe Justiz sowie moderne und praxisnahe Ausbildung künftiger
536 Jurist*innen. Mit dem integrierten Bachelor, der Jura-Studierenden auch bei
537 nicht bestandenem Staatsexamen einen Abschluss sichert, haben wir einen ersten
538 wichtigen Schritt für eine höhere Attraktivität des Jura-Studiums gemacht. Jetzt
539 gilt es, die Qualität der Ausbildung für Referendar*innen weiter zu verbessern
540 und zukunftsrelevante Inhalte wie IT-Recht, Datenschutzrecht oder
541 Migrationsrecht zu verankern. Ob als Richter*in, Anwält*in oder in der
542 Verwaltung: Nur wer schon in der Ausbildung die Realität von heute kennt, kann
543 das Recht von morgen verantwortungsvoll gestalten.

544 Der Justizvollzug muss den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde
545 und Resozialisierung gerecht werden. Dafür braucht es auch genügend gut
546 ausgebildetes Personal und gute Arbeitsbedingungen in den Haftanstalten. Wir
547 setzen uns für moderne bauliche Standards ein, die Sicherheit und humane
548 Haftbedingungen für Häftlinge gewährleisten und den Bedürfnissen der
549 Mitarbeiter*innen gerecht werden. Unser Ziel ist ein Strafvollzug, der nicht nur
550 sanktioniert, sondern wirksam vor Rückfällen schützt und zurück in ein
551 verantwortungsvolles Leben begleitet. Deshalb wollen wir uns für Alternativen
552 zur klassischen Inhaftierung einsetzen – etwa durch elektronisch überwachten
553 Hausarrest anstelle von Ersatzfreiheitsstrafen. Resozialisierung ist für uns der
554 wirksamste Schutz vor Rückfällen – deshalb stärken wir offene Vollzugsformen und
555 setzen uns für Haftvermeidung und Konzepte wie Wohngruppenvollzug ein.

556 Die wehrhafte Demokratie muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats für den
557 Erhalt unseres friedlichen und demokratischen Zusammenlebens kämpfen. Das gilt
558 für alle Formen von Demokratie-, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und
559 politischem Extremismus.

560 Personen mit verfassungsfeindlicher Gesinnung dürfen keinen Platz in
561 Sicherheitsbehörden haben. Und wir sichern unsere Institutionen: Wer in der
562 Polizei, der Justiz oder im Landtag tätig ist, darf kein Feind unserer
563 Verfassung sein. Darum soll vor Einstellungen in diese Bereiche künftig ein
564 verdachtsunabhängiges Prüfverfahren zum Einsatz kommen: Die sogenannte
565 Regelabfrage beim Verfassungsschutz. Dieser Verfassungstreue-Check ist zwar kein
566 Allheilmittel, aber ein wichtiger zusätzlicher Baustein im Auswahl- und
567 Einstellungsverfahren – er schützt Polizei, Justiz und Landtag vor

568 demokratieschädlichen Einflüssen und vor Personen, die dort nichts zu suchen
569 haben. Für einen besseren Schutz vor den Gefahren für unsere freiheitlich
570 demokratische Grundordnung stärken wir gezielt das Landesamt für
571 Verfassungsschutz. Die Ausstiegsberatung für Betroffene und deren Umfeld sowie
572 die Extremismuskommunikation bauen wir mithilfe des Kompetenzzentrums gegen
573 Extremismus (Konex) sowie von zivilgesellschaftlicher Seite mit der Fachstelle
574 für Extremismuskommunikation (FEX) aus. Für eine phänomenübergreifende
575 Extremismusprävention stärken wir die Fachkräfte in Schulen,
576 Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen
577 unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit.

578 Keine Waffen in den Händen von Verfassungsfeind*innen: Die Entwaffnung von
579 Extremist*innen werden wir entschlossen fortführen. Auf Bundesebene setzen wir
580 uns für eine Änderung des Waffengesetzes ein, damit unzuverlässige Personen erst
581 gar keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Im Rahmen des
582 verfassungsrechtlich Möglichen streben wir einen Informationsaustausch zwischen
583 Landeskriminalamt und Verfassungsschutz an. Die unabhängige Kontrolle des
584 Landesamts für Verfassungsschutz durch das Parlamentarische Kontrollgremium soll
585 durch eine Kontrollstelle gestärkt werden.

586 **Verlässlich in der Not - Rettungsdienste und Bevölkerungsschutz stärken**

587 Wir stärken den Katastrophenschutz sowie das Rettungswesen als zentrale Säule
588 einer resilienten Gesellschaft. Dazu wollen wir die zuständigen Stellen
589 entsprechend der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „Krisenfeste
590 Gesellschaft“ zu einem Bevölkerungsschutz-Präsidium zusammenziehen, sodass
591 sowohl die Planung als auch die operative Krisenbewältigung aus einer Hand
592 erfolgen.

593 Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt und durch Fachpersonal
594 geführt werden. Mit einer einheitlichen Softwareplattform und digitalen
595 Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen
596 wir für schnelle Kommunikation und Koordination – auch bei komplexen
597 Schadenslagen. Die Selbstverwaltung im Rettungsdienst werden wir an ihren
598 Erfolgen und der Umsetzung der Vorgaben im Rettungsdienstgesetz messen und
599 gegebenenfalls auf den Prüfstand stellen.

600 Beim Bund setzen wir uns weiter für die angestrebte Reform der Notfallversorgung
601 und Aufnahme des Rettungsdienstes als eigenständiger Leistungsbereich im
602 Sozialgesetzbuch ein. Katastrophenschutz beginnt nicht erst im Ernstfall – er
603 beginnt mit Vorbereitung. Deshalb setzen wir auf Aufklärung und frühzeitige
604 Sensibilisierung. Bereits jetzt müssen Schulen für die Klassenstufe 6
605 verbindlich einen Aktionstag zum Katastrophenschutz durchführen. Daran wollen
606 wir anknüpfen, damit junge Menschen früh lernen, wie man sich im Ernstfall
607 richtig verhält. Gleichzeitig prüfen wir das Feuerwehrgesetz auf seine
608 Alltagstauglichkeit und Reformbedarfe – als dritte tragende Säule neben dem
609 Rettungsdienstgesetz und dem Katastrophenschutzgesetz.

610 **Kapitel 5.3. Werte verteidigen - Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen**

611 In einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint, ist die Europäische Union
612 ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Als Land im Herzen Europas
613 gestalten wir Europa aktiv mit: für ein starkes, handlungsfähiges Europa, das
614 sich gegen Autokrat*innen behauptet, seine Werte schützt und globale
615 Verantwortung übernimmt.

616 Unsere Partnerschaften stärken das "Europa der Regionen" – am Oberrhein, am
617 Bodensee, entlang der Donau und mit unseren Partnerregionen der "Vier Motoren
618 für Europa". In diesem interregionalen Netzwerk gestalten wir zusammen mit den
619 drei wirtschaftsstarken Regionen in Frankreich, Spanien und Italien die
620 notwendigen Transformationsprozesse im Bereich Wirtschaft. Darüber hinaus
621 arbeiten wir beispielsweise an einer zukunftsfesten Aufstellung der Kreativ- und
622 Kulturwirtschaft sowie zu den Themen Landwirtschaft und Forschung und
623 Entwicklung. Ein großer Erfolg ist der neu geschaffene gemeinsame „Business
624 Passport“. Dieser erleichtert baden-württembergischen Firmen durch gezielte
625 Unterstützung und direkte Kontakte eine Ansiedelung in einer der Vier-Motoren-
626 Partnerregionen.

627 Europa beginnt vor Ort – deswegen intensivieren wir europäische
628 Städtepartnerschaften und sorgen für eine bessere Vernetzung der Europaschulen
629 in Baden-Württemberg. Für uns bedeutet Europa zu stärken auch, Europa spürbar zu
630 machen – insbesondere für die junge Generation. Durch grenzüberschreitende
631 Jugend- und Schüler*innenbegegnungen, durch die Teilnahme am Austauschprogramm
632 Erasmus+ oder im Rahmen einer grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung
633 können junge Menschen Europa konkret erleben und dabei ihre interkulturellen und
634 Sprachkompetenzen ausbauen sowie ihre Karrierechancen verbessern.

635 Ein Herzstück der europäischen Idee sind offene Grenzen. Die trinationale
636 Metropolregion am Oberrhein ist zusammengewachsen, gerade in unseren
637 Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz ist Europa gelebter Alltag. Doch
638 dieser Alltag wird durch neue Grenzkontrollen, veranlasst von der
639 Bundesregierung, bürokratische Hürden und Lücken in der Infrastruktur erschwert.

640 Für uns in Baden-Württemberg ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
641 essenziell: sei es im Nahverkehr, in der Gesundheitsversorgung, im
642 Katastrophenschutz oder in der Bildung. Europa ist für uns der ganz konkrete
643 Alltag der Menschen im Land.

644 Mit Frankreich verbindet uns nicht nur die längste Landesgrenze, sondern auch
645 ein enges Netz von grenzüberschreitenden Partnerschaften. Eine gute
646 Partnerschaft zwischen Stuttgart und Straßburg, zwischen Freiburg und Colmar ist
647 für unsere beiden Länder ebenso wichtig wie zwischen Berlin und Paris! Als
648 Landesregierung haben wir diese Partnerschaften stark ausgebaut: zwischen
649 Städten und Gemeinden, im Universitätsverbund EUCOR und mit der Förderung vieler
650 kleiner Bürger*innen-Projekte, die uns näher zusammenwachsen lassen. Ein
651 gelungenes Beispiel für die gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist auch
652 der deutsch-französische Wasserschutzpolizeiposten am Oberrhein. Dieses Projekt
653 zeigt, wie Sicherheit, Umweltschutz und europäische Partnerschaft konkret
654 ineinandergreifen können. Solche gemeinsamen Strukturen sind ein wichtiger

655 Baustein für einen modernen Katastrophenschutz – auch angesichts der
656 fortschreitenden Klimakrise.

657 Die Schweiz ist für Baden-Württemberg ein zentraler Partner. Wir begrüßen daher
658 die politische Einigung zwischen dem Schweizer Bundesrat und der Europäischen
659 Kommission über ein neues Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung
660 der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Maßgeblich dazu
661 beigetragen haben die Schweiz-Strategie der Landesregierung und unser Einsatz
662 als Brückenbauer zwischen der Schweiz und der EU. 2024 haben wir mit dem Ziel,
663 die Verflechtung der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräume entlang der Grenze
664 zu stärken, die Schweizstrategie aktualisiert und fortgeschrieben. Wir sehen
665 heute viele Erfolge im Sinne einer guten Partnerschaft mit unserem Nachbarland -
666 ganz praktisch zum Beispiel der grenzüberschreitende öffentliche Nahverkehr
667 zwischen Deutschland und der Schweiz.

668 Als Land im Herzen Europas wissen wir: Die großen Fragen unserer Zeit können wir
669 nur gemeinsam lösen. Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein
670 funktionierender Binnenmarkt – all das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern
671 tägliche Aufgabe. Deshalb setzen wir uns als Land entschlossen dafür ein,
672 europäische Werte zu schützen und Europa zu einem handlungsfähigen,
673 solidarischen, wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Kontinent
674 weiterzuentwickeln. Mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel gestalten
675 wir Europa aktiv mit – und haben dafür gesorgt, dass EU-Fördermittel nach Baden-
676 Württemberg fließen, etwa für exzellente Forschung, die ländlichen Räume oder
677 Klimaschutz.

678 Der russische Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 markiert eine Zäsur für
679 Europa. Er hat uns wieder bewusst gemacht, welche große Bedeutung das
680 europäische Projekt als Garant für Frieden nach wie vor hat. Gerade angesichts
681 äußerer Bedrohungen, wie sie von einem aggressiv agierenden Russland ausgehen,
682 aber auch im Lichte eines erstarkenden Nationalismus in einigen EU-Ländern, sind
683 wir alle gefordert, für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit
684 und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Mit der Donaunraumstrategie, die die
685 Völkerverständigung in den vierzehn Donau-Anrainerstaaten fördert und die
686 Lebensqualität steigert, unterstützen wir bereits die Rechtsstaatlichkeit in
687 Staaten wie Rumänien und Ungarn und stärken so das Fundament unserer Demokratie.

688 Als exportorientiertes Land ist der Ausbau direkter Kooperationsbeziehungen auch
689 über Europa hinaus wichtig – auch um neue Märkte zu erschließen und den Weg von
690 Fachkräften nach Baden-Württemberg zu erleichtern. In diesem Sinne haben wir
691 erfolgreich mit weltweit starken Partnern verhandelt. Dazu zählen der Ausbau
692 einer Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Kalifornien, die Fachkräfte- und
693 Bildungsk Kooperation mit Maharashtra (Indien), der Abschluss einer
694 Kooperationserklärung mit der kanadischen Provinz Ontario oder die Kooperation
695 des „Cyber Valley“ in Tübingen mit dem Seoul AI Hub in Südkorea.

696 Die Auswirkungen der Klimakatastrophe in ganz Europa zeigen es deutlich: Gerade
697 vor dem Hintergrund einer US-Regierung, die gegen den Klimaschutz arbeitet, ist
698 die Zusammenarbeit mit Regionen weltweit, die Klimaschutz voranbringen wollen,
699 besonders wichtig. Dazu gehört beispielsweise die aktive Mitarbeit in der

700 „Under2Coalition“ mit Kalifornien sowie unsere Förderung von
701 Wasserstofftechnologien zusammen mit Katalonien, Andalusien und Schottland.
702 Zwischen Baden-Württemberg und Andalusien wurde eine Energie- und
703 Klimapartnerschaft begründet. In der Europäischen Union hat sich Baden-
704 Württemberg für den “Green Deal” stark gemacht. Auch weiterhin werden wir für
705 die Transformation kämpfen, für den Umwelt- und Klimaschutz, aber auch für
706 unsere exportorientierte Wirtschaft, die von der Entwicklung neuer Technologien
707 und Produkten lebt.

708 Als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas und als Klimaschutzland muss
709 Baden-Württemberg Verantwortung für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der
710 Welt übernehmen. Wir haben die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg gestärkt
711 und ihre finanzielle Ausstattung schrittweise erhöht. Mit dem Eine-Welt-
712 Promotor*innen-Programm und dem Interkulturellen Promotor*innen-Programm haben
713 wir gezielt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gefördert und
714 migrantische Perspektiven stärker eingebunden. Die Zusammenarbeit mit dem Rat
715 für Entwicklungshilfe haben wir ausgebaut, in Kooperation mit der Stiftung
716 Entwicklungszusammenarbeit haben wir zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte
717 gestärkt.

718 Die Landespartnerschaft mit Burundi, die die Zusammenarbeit und Vernetzung in
719 Bereichen wie Landwirtschaft, Friedensarbeit oder Klimaschutz fördert, haben wir
720 in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Durch die Académie de
721 l’Amitié haben wir zudem den persönlichen Austausch zwischen Bürger*innen und
722 Organisationen aus Burundi und Baden-Württemberg sowie die die Entwicklung
723 gemeinsamer Ideen gefördert.

724 **Europa erlebbar machen - grenzenlos zusammenwachsen**

725 Wenn Menschen sich begegnen und miteinander ins Gespräch kommen, können
726 Freundschaften entstehen, Vorurteile abgebaut werden und Kooperationen aller Art
727 entstehen. So wird europäisches Bewusstsein gestärkt und Europa wächst weiter
728 zusammen. Durch die Möglichkeiten zur Begegnung, durch grenzüberschreitende
729 politische und administrative Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Mobilität
730 machen wir den Mehrwert Europas für Bürger*innen und Unternehmen erfahrbar.

731 Den Mikroprojektfonds, der mit Begegnungen zwischen deutschen und französischen
732 Bürger*innen grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Politikfeldern
733 voranbringt, wollen wir fortführen. Für uns Grüne ist zentral, dass europäische
734 Austauschprogramme, wie zum Beispiel Erasmus+, noch stärker von Auszubildenden
735 genutzt werden. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber auch
736 für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch gar nicht ausreichend
737 bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten
738 Öffentlichkeitsarbeit angehen.

739 Angesichts eines erstarkenden Nationalismus auch innerhalb Europas ist es für
740 uns besonders wichtig, die Unterstützung für unser europäisches Projekt in der
741 jungen Generation zu festigen. In Kooperation mit Nachbarländern wie Frankreich
742 wollen wir mit vergünstigten, grenzüberschreitend gültigen Regional- und
743 Nahverkehrstickets für junge Menschen auch zukünftig Begegnungen ermöglichen und

744 europäische Freundschaften erlebbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass in
745 Zukunft mehr Auszubildende eine grenzüberschreitende duale Ausbildung
746 absolvieren können.

747 In Zukunft wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit explizit europäisch
748 ausrichten – über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, insbesondere mit Frankreich
749 und der Schweiz. Wir setzen uns hier für eine stärkere Nutzung von
750 Synergieeffekten bei Umweltschutz, Klimaschutz und Energieversorgung ein. Als
751 weitere konkrete Maßnahme wollen wir die Grundlage für eine trinationale
752 Notfallversorgung zwischen Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz
753 schaffen. Unser Ziel ist eine eingeübte Zusammenarbeit von Rettungsdienst,
754 Luftrettung, Wasserrettung und Bergwacht – damit im Notfall nicht
755 Zuständigkeiten entscheiden, sondern die Menschen vor Ort schnell die
756 bestmögliche Hilfe erhalten.

757 Auch in der Gesundheitsversorgung wollen wir grenzüberschreitende Synergien
758 gezielt stärken. Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Frankreich und der Schweiz
759 arbeiten wir am Abbau bürokratischer Hürden für Gesundheitsakteure, Fachkräfte
760 und Patient*innen. So wird es für medizinisches Personal einfacher,
761 grenzüberschreitend tätig zu sein – und für Patient*innen selbstverständlicher,
762 dort behandelt zu werden, wo die Versorgung am besten und am schnellsten möglich
763 ist.

764 Wir arbeiten weiter unermüdlich an der Wiedererrichtung der Bahnstrecken
765 Freiburg-Colmar sowie Rastatt-Hagenau und fordern den Bund und die EU auf,
766 gemeinsam mit uns und unseren französischen Freund*innen pragmatische Lösungen
767 zu suchen. Wir wollen einen integrierten öffentlichen Nahverkehr und die
768 Ausweitung des BW- und Deutschlandtickets auf die Grenzregionen zu unseren
769 Nachbarländern Frankreich und Schweiz.

770 Auf EU-Ebene setzen wir uns weiter für eine Entbürokratisierung der
771 Arbeitnehmerentsendung ein und erleichtern damit das Pendeln, die Ausbildung und
772 die Arbeit genauso wie den grenzüberschreitenden Alltag. Um grenzüberschreitende
773 Alltagsmobilität zu ermöglichen, wollen wir die Grenzkontrollen wieder auf das
774 im Schengen-Raum vorgesehene Maß zurückfahren.

775 **Europa vereint: Für Frieden und Freiheit**

776 In Zeiten geopolitischer Spannungen ist entschlossenes Handeln für Frieden,
777 Freiheit und Demokratie in Europa wichtiger denn je.

778 Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Denn Russland bedroht nicht nur seine
779 Nachbarn, sondern unser Wertesystem. Angesichts der russischen Aggression
780 braucht es in Ost-, Südost- und Mitteleuropa starke demokratische Partner.
781 Deswegen setzen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für eine neue
782 Wirtschafts- und Regionalkooperation ein. Diese soll den Wiederaufbau zerstörter
783 Regionen voranbringen und den Weg der Ukraine in die Europäische Union ebnen.
784 Wir unterstützen den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten und arbeiten insbesondere
785 mit Moldau auf dessen Weg in die Europäische Union eng zusammen. Baden-
786 Württemberg und die Republik Moldau haben vereinbart, ihre Zusammenarbeit
787 auszubauen.

788 Ein Europa von unten - Europäische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken
789 und Europa den Menschen nahebringen

790 Für uns Grüne ist die europäische Integration, also der Weg zu einer echten
791 politischen und wirtschaftlichen Einheit, kein Elitenprojekt. Wir wollen keine
792 Europapolitik über die Köpfe der Menschen hinweg. Unser Ziel ist eine lebendige
793 europäische Demokratie, in der Regionen, zivilgesellschaftliche Organisationen
794 und die Bürger*innen Europas mitgestalten können. Für ein europäisches
795 Bewusstsein als Voraussetzung für eine europäische Demokratie müssen
796 Bürger*innen allerdings nicht nur mitbestimmen dürfen, sondern auch ausreichend
797 über Europa informiert werden.

798 Die Demokratie in Europa steht durch erstarkenden Populismus, Extremismus und um
799 sich greifende Desinformation unter Druck. Wir Grüne wollen deshalb, dass die
800 Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter genutzt, europäische Demokratie
801 weiterentwickelt wird und demokratische und zivilgesellschaftliche
802 Organisationen ungeachtet nationaler Grenzen gestärkt werden. Wir begrüßen die
803 Ergebnisse einer deutsch-französischen Expert*innengruppe, die unter anderem
804 konkrete Empfehlungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und
805 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer
806 Ebene vorschlägt.

807 Von unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen
808 Grundwerten wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der
809 Rechtsstaatlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Fördermittel nur Staaten
810 bekommen, die die Rechtsstaatlichkeit achten. Als Land wollen wir auch weiterhin
811 konkret demokratische Zivilgesellschaft vor Ort stärken, etwa über gemeinsame
812 Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder dem Danube Youth Council.

813 Die weitere europäische Einigung bedarf einer breiten gesellschaftlichen
814 Unterstützung. Deshalb ist eine weitere Stärkung der baden-württembergischen
815 Akteure der Europaarbeit notwendig. Gemeinsam möchten wir den europäischen
816 Gedanken im Land noch sichtbarer machen. Kommunal-, Vereins-, Hochschul- und
817 Schulpartnerschaften machen Europa erlebbar. Wir möchten diese in Zukunft mit
818 neuen Inhalten und Formaten (z. B. virtuelle Vernetzungsplattformen)
819 unterstützen und die Partnerschaftsarbeit durch das Land stärken.

820 In der Öffentlichkeit besteht ein großes Interesse an Information über
821 Europapolitik. Darum wollen wir unsere europabezogene Öffentlichkeitsarbeit in
822 der Fläche ausbauen, modernisieren, digitalisieren und strategischer mit den
823 europaaktiven Verbänden und weiteren Partnern im Land abstimmen. Um das
824 Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und Themen auf europäischer
825 Ebene zu verbessern, müssen europapolitische Inhalte an den Schulen in Baden-
826 Württemberg vertieft vermittelt werden.

827 Europa beginnt vor Ort. Als bisher einziges Bundesland ermöglichen wir
828 Beamte*innen sowie Verwaltungsangestellten in der Landesverwaltung und in baden-
829 württembergischen Kommunen eine zeitlich begrenzte Mitarbeit in der
830 Landesvertretung in Brüssel oder in der Europaabteilung des Staatsministeriums.
831 Wir wollen, dass in jeder Gemeinde und in jeder Behörde in Baden-Württemberg

832 Menschen arbeiten, die auf diesem Weg Europakompetenz erworben haben. Damit
833 bringen wir Europakompetenz in unsere Gemeinden und machen Europa im
834 Verwaltungshandeln vor Ort erfahrbar.

835 **Europäisches Bündnis für Innovationskraft: Künstliche Intelligenz als Schlüssel**

836 Als führende europäische Innovationsregion denken wir Europa auch technologisch
837 weiter. Künstliche Intelligenz ist dabei ein Schlüssel – für wirtschaftliche
838 Souveränität, für gesellschaftlichen Fortschritt und für eine europäische
839 Innovationskraft, die auf Demokratie, Transparenz und Gemeinwohl ausgerichtet
840 ist.

841 Baden-Württemberg soll zum führenden europäischen Standort für künstliche
842 Intelligenz werden – durch den gezielten Ausbau von Schlüsselprojekten wie dem
843 Cyber Valley in Tübingen, der AI Factory Stuttgart und dem Innovation Park
844 Artificial Intelligence in Heilbronn. Hierbei legen wir den Fokus auf das
845 Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft und – weil das neue
846 sicherheitspolitische Herausforderungen nötig machen – auf die europäische
847 Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

848 Die hohe Innovationskraft des Landes wollen wir weiter stärken – zum Beispiel in
849 einem neuen europäischen Projekt zum autonomen Fahren.

850 **Vom Ländle in die Welt – Globale Allianzen für Innovation, Energie und** 851 **Klimaschutz**

852 Indem wir dazu beitragen, dass Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird,
853 werden wir unserem Anspruch als Klimaschutzland gerecht. Wir investieren in
854 europäische Netze für Wasserstoff und schließen Energiepartnerschaften mit
855 unseren europäischen Nachbarn sowie Regionen weltweit. Darüber hinaus bauen wir
856 unsere Partnerschaften mit Regionen wie Kalifornien, die im Klimaschutz
857 vorangehen wollen, weiter aus. In Brüssel setzen wir uns für die Einhaltung und
858 bürokratiearme Umsetzung des Green Deals ein.

859 Fairer Welthandel beginnt vor Ort – auch in den Rathäusern und
860 Landeseinrichtungen. Öffentliche Verwaltungen stellen über ihre Beschaffungen
861 einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit
862 beitragen. Deswegen wollen wir insbesondere kommunale Verwaltungen bei ihren
863 Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards
864 unterstützen. Wir wollen Kommunen ermöglichen, ihre Beschaffungen nachhaltig und
865 fair zu tätigen. Dazu gehören eine praxistaugliche Beratung und bessere Zugänge
866 zu entsprechenden Produkten und Anbietern.

867 **Globale Verantwortung und Gerechtigkeit**

868 Baden-Württemberg übernimmt Verantwortung. Mit unserer Entwicklungspolitik
869 tragen wir dazu bei, die Welt zu einem gerechteren Ort zu machen und das
870 Bewusstsein für globale Ungleichheiten zu schaffen. Die zentrale Rolle der
871 zivilgesellschaftlichen Akteure ist ein Alleinstellungsmerkmal der
872 Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Auch in Zukunft wollen wir die Rolle
873 der Zivilgesellschaft als zentrale Kraft in der Entwicklungspolitik stärken. Wir
874 Grünen setzen uns in Baden-Württemberg dafür ein, zivilgesellschaftliche

875 Akteur*innen strukturell und finanziell besser abzusichern und ihre Mitsprache
876 bei der Ausgestaltung der Landespolitik auszubauen.

877 Wir treten für den Erhalt der Bundes-Kofinanzierung des Eine-Welt-
878 Promotor*innen-Programms ein und wollen insbesondere das Interkulturelle
879 Promotor*innen-Programm gezielt weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir den
880 Zugang zu bestehenden Fördermitteln erleichtern und die Rolle
881 zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Bildung für nachhaltige
882 Entwicklung und Globales Lernen deutlich stärken.

883 Ein besonderes Beispiel für gelebte Partnerschaft ist unsere enge Verbindung zu
884 Burundi. In Zukunft wollen wir insbesondere den Jugendaustausch mit Burundi
885 ausbauen und so das Fundament für ein partnerschaftliches Miteinander auf
886 Augenhöhe legen. Wir setzen uns für eine Fortführung der Academie de l'Amitié
887 ein.

888 Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Deswegen
889 unterstützen den Weg unserer Museen und Einrichtungen weiterhin konsequent und
890 transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie
891 wissenschaftliche Sammlungen kommen, um unrechtmäßig erworbene koloniale
892 Kulturgüter zu identifizieren und diese zurückzugeben.

893 Im Nordirak arbeitet die Landesregierung eng mit der Region Dohuk zusammen, um
894 die Lage von binnenvertriebenen Jesid*innen zu verbessern. Gemeinsam mit dem
895 Nordirak stärken wir psychosoziale Hilfen für Jesid*innen, vor allem für Frauen.
896 Im Zentrum dieser Unterstützung stehen oft Frauen, die vor Ort mit großem
897 Engagement Schutzräume schaffen, Bildung ermöglichen und Traumabewältigung
898 leisten. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und die lokalen
899 Akteur*innen gezielt stärken – als Beitrag zu einer gerechten und friedlichen
900 Zukunft in der Region.